

Es bleibt alles beim Alten: Politisch spielt der Klimawandel nach wie vor keine Rolle

geschrieben von Chris Frey | 1. September 2026

H. Sterling Burnett

Die Wahrheit über das aktuelle Wetter und den langfristigen Klimawandel: es bleibt alles beim Alten. Das Wetter ist das gleiche wie immer: chaotisch und wechselhaft, mit kaum oder gar keinen sich verschlechternden Trends. Auch das Klima ist unverändert: Es verändert sich langsam im Laufe der Zeit, wobei sich Arten an solche Veränderungen anpassen oder in manchen Fällen die lokale Umwelt an ihre Bedürfnisse anpassen.

Das entspricht zwar nicht dem Verständnis von Klimawandel und Wetter, das man aus den alarmierenden täglichen Schlagzeilen in den Mainstream-Medien gewinnt, aber es ist das, was die realen Wetterdaten zeigen.

„The Song Remains the Same“ ist auch eine treffende Beschreibung des aktuellen Stands der Besorgnis über den Klimawandel in der Öffentlichkeit, genauer gesagt bei den Wählern. Vor zweieinhalb Jahrzehnten interessierte sich niemand sonderlich für den Klimawandel, und trotz jahrelanger Propaganda und Panikmache, mit der versucht wurde, die Öffentlichkeit dazu zu bringen, ihre persönlichen Freiheiten an internationale Klimabürokraten abzutreten, rangiert der Klimawandel nach wie vor ganz unten auf der Liste der Sorgen der Menschen.

Die jüngste Meinungsumfrage der „Washington Post“ (WaPo) und von Ipsos ergab – wenig überraschend –, dass die Demokraten bei den nächsten Wahlen favorisiert werden. Dies könnte auf die hohen Ablehnungswerte von Präsident Trump, die Besorgnis der Öffentlichkeit über die Lage des Landes, das übliche Ergebnis von Zwischenwahlen – wonach die Regierungspartei Sitze verliert – oder eine Kombination verschiedener Faktoren zurückzuführen sein. Dennoch liegen die Chancen der Republikaner, die Mehrheit im Kongress zu behalten, nahe an der Fehlermarge der Umfrage, obwohl ein Großteil der Bevölkerung mit dem Kurs des Landes, insbesondere mit der Wirtschaftslage, unzufrieden ist – was zum Teil auf eine für sie günstige Neugliederung der Wahlkreise zurückzuführen ist. Es scheint, dass jene Partei den Sieg davontragen wird, der es am besten gelingt, ihre Wähler zu mobilisieren, damit diese zur Wahlurne gehen.

Die Umfragen zeigen zudem, dass der Klimawandel keinen Einfluss auf die Ergebnisse der Zwischenwahlen haben wird. Das war auch bisher noch nie der Fall – warum sollte es also jetzt anders sein?

Wie sich bereits bei den Wahlen 2024 zeigte, gehen die Demokraten im Wahlkampf dem Thema Klimawandel aus dem Weg. Auch die Republikaner, die gesunden Menschenverstand oder zumindest Wahlkampfgeschick und möglicherweise die Fähigkeit zum Lesen von Daten an den Tag legen, haben den Klimawandel bisher nur selten als wichtiges Thema in ihren Wahlkampagnen behandelt. Die Republikaner – oder zumindest der Großteil von ihnen – haben sich nie der Vorstellung angeschlossen, dass eine drohende Klimakatastrophe eine staatlich gelenkte, von oben verordnete Umgestaltung der gesamten Wirtschaft rechtfertigt, wie sie von den Klima-Alarmisten gefordert wird.

Interessanterweise erschien diese jüngste Umfrage gerade zu einer Zeit, als die täglichen Schlagzeilen fälschlicherweise verkündeten, die Welt erlebe beispiellose globale Hitzewellen – angekündigt in großer Schrift und mit Ausrufezeichen. Okay, ich gebe zu, das Letzte habe ich mir ausgedacht. Dennoch lauteten die Schlagzeilen lautstark, dass laut der National Oceanic and Atmospheric Administration der Juli der heißeste seit Beginn der Aufzeichnungen gewesen sei.

Doch selbst mit diesen untergangsstimmigen Verlautbarungen, die ihnen in den Ohren klingen und am unteren Rand ihrer Social-Media-Feeds vorbeiziehen, zeigt sich der Großteil der Öffentlichkeit von den angeblichen Gefahren des Klimawandels weitgehend unbeeindruckt. Glaubt man den Umfragen, rangiert der Klimawandel mit nur 3 Prozent auf der Liste der Themen, die der Öffentlichkeit am meisten am Herzen liegen, weiter unten als fast jedes andere denkbare Thema.

Die Sorge um die Wirtschaft, hohe Preise und Arbeitsplätze rangierten gemeinsam an der Spitze der wichtigsten Anliegen – wie fast immer, selbst in guten Zeiten.

Zur Bestürzung der Demokraten, da bin ich mir sicher, bleibt die illegale Einwanderung das zweitwichtigste Thema, das den Menschen am meisten Sorgen bereitet – direkt hinter der Wirtschaft. An dritter Stelle folgt die Außenpolitik, was angesichts der anhaltenden bewaffneten Konflikte im Iran und in der Ukraine sowie unseres fortwährenden Kampfes gegen von ausländischen Regierungen unterstützte Drogenhändler nicht überrascht.

Was manche vielleicht überraschen mag ist, dass einige andere Themen noch vor dem Klimawandel rangieren: zum Beispiel die Integrität von Wahlen, der SAVE Act sowie LGBTQ-Rechte und -Werte, Moral und Fairness. All diese Themen rangierten als Anliegen noch vor dem Klimawandel. Der Klimawandel landete auf Platz 16 oder darunter; das lässt sich schwer sagen, weil der Artikel der „Washington Post“ über die Umfrage die Liste bei den ersten 15 Themen abschloss, so dass alles unter 3 Prozent nicht in die Grafik aufgenommen worden ist.

Während die „Washington Post“ der geringen Bedeutung des Klimawandels keine große Beachtung schenkte, tat dies CNN sehr wohl und widmete dem

Thema einen ganzen Beitrag. Nachdem er mehrfach betont hatte, wie heiß es gewesen sei, erklärte Harry Enten, Chefdatenanalyst bei CNN: „Unter dem Strich lässt sich sagen, dass es den Wählern, einfach ausgedrückt, egal ist, was den Klimawandel angeht. Es ist ihnen egal.“

Ich meine, schaut euch doch einfach diese Zahlen an: Okay, das wichtigste Thema bei einer Zwischenwahl – man kann bis zu drei Themen nennen. Die Wirtschaft steht, wenig überraschend, mit 54 % an erster Stelle. Einwanderung: 28 %. Schauen Sie sich den Klimawandel an ... ganz unten bei 3 %“, fuhr Enten fort. „Ich bin nicht der beste Mathematiker der Welt, aber ich weiß verdammt sicher, dass 54 % um einiges höher sind als 3 %.“

Obwohl es im Juli so warm war – dem heißesten Monat, der hier in den Vereinigten Staaten von Amerika jemals gemessen wurde –, sagen die Wähler, einfach ausgedrückt nicht, dass der Klimawandel ein Thema sein wird, das ihre Wahlentscheidung bei den Zwischenwahlen beeinflusst“, bemerkte Enten. Er erklärte anschließend, dass die Besorgnis über den Klimawandel heute in etwa genauso groß sei wie im Jahr 2016. Im Jahr 2016 stuften 40 Prozent der Befragten den Klimawandel als wichtiges Thema ein. Im Jahr 2026 war dieser Anteil leicht auf 39 Prozent gesunken. Und das, obwohl CNN, andere Medien und zahlreiche linke Politiker seit Jahren das Klimarisiko als existenzielle Bedrohung für die Menschheit hochspielten.

Diese Ergebnisse sollten niemanden überraschen, der ähnliche Meinungsumfragen in den letzten Jahrzehnten verfolgt hat. Wie „Climate Change Weekly“ in der Vergangenheit bereits **mehrfach** festgestellt hat, rangiert der Klimawandel durchweg ganz unten oder nahe dem Ende der Liste der wichtigsten Anliegen. Interessanterweise **zeigen** die gleichen Umfragen, dass selbst Wähler, die den Klimawandel als direkte Bedrohung für ihre Gesundheit und ihr Wohlbefinden ansehen, nicht bereit sind, viel – eigentlich fast gar nichts – zu zahlen, um ihn zu verhindern oder seine negativen Auswirkungen abzumildern.

Ich **schrieb** 2019, dass eine frühere Umfrage von WaPo und der Kaiser Family Foundation Folgendes ergab:

60 Prozent der ... Befragten gaben an, dass sie der Meinung seien, der Welt blieben weniger als 10 Jahre, um die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels zu verhindern (wobei die meisten dieser Befragten angaben, der Welt blieben zwei Jahre oder weniger, um zu handeln), und 70 Prozent der Befragten waren „sehr“ oder „eher“ besorgt, dass der Klimawandel die Gesundheit der Amerikaner beeinträchtigen könnte.

Trotzdem würden 51 Prozent der Befragten die Zahlung einer monatlichen Abgabe von 2 US-Dollar auf Stromrechnungen von US-Haushalten zur Finanzierung des Kampfes gegen den Klimawandel „eher“ oder „ausgesprochen“ ablehnen. Ebenso würden 61 Prozent eine Erhöhung der Benzinsteuern um 10 Cent pro Gallone zur Bekämpfung des Klimawandels

ablehnen. Die Zahl der Befragten, die sich gegen Abgaben auf Stromrechnungen und Erhöhungen der Benzinsteuern aussprachen, stieg stark, als die vorgeschlagenen Abgaben erhöht wurden: 71 Prozent lehnen eine monatliche Abgabe von 10 Dollar auf US-Stromrechnungen für Privathaushalte ab, und 74 Prozent lehnen eine Erhöhung der Benzinsteuern um 25 Cent pro Gallone ab.

Ich bin kein Wahlprognostiker, daher werde ich keine Vorhersagen darüber treffen, ob nach der nächsten Wahl die Demokraten oder die Republikaner die Mehrheit im Kongress und in den verschiedenen Landesparlamenten haben werden. Unabhängig davon, wer wo den Sieg davonträgt, wird der Klimawandel jedoch nicht das Thema sein, das ihnen zum Sieg verholfen hat.

Um ein berühmtes Lied von den Talking Heads zu zitieren, wenn es um Klimawandel und Wahlen geht gilt: „Same as it ever was!“

[Könnte man übersetzen mit: „Beim Klima nichts Neues“. A. d. Übers.]

Quellen: [The Washington Post](#); [CNN](#)

Link:

<https://heartland.org/opinion/climate-change-weekly-588-the-song-remains-the-same-politically-climate-change-still-doesnt-matter/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE